

Dresdner Volkszeitung

Herausgeber: Leipzig, Anden & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Dr. W. K. Schmidt, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frachtlohn monatlich 2,75 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 8,25 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 12,00 M.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 26 261. Sprechstunden nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expeditions: Wettinerplatz 10. Tel. 26 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8 spaltenige Kopierzeile 1,20 M., Familienanzeigen 1,00 M., die 3 spaltenige Werbeanzeige 4,50 M., einschließlich Inseratensteuer. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt. Anträge sind im voraus zu bringen. Keine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Preisrückzahlung 20 Pf.

Nr. 14

Dresden, Montag den 19. Januar 1920

31. Jahrg.

Neue Rechte — neue Pflichten

In der Sitzung der Nationalversammlung vom Sonntag, die infolge der Obstruktion der Unabhängigen notwendig geworden war, ist das Betriebsrätegesetz mit großer Mehrheit angenommen worden. Die Rechte stimmte dagegen, weil sie für den Unternehmerdespotismus schwärmt, die Unabhängigen, weil ihre Räteträume nicht verwirklicht worden sind. Das Kunststück, die Unabhängigen zu befriedigen, hätte auch kein Beschreiber fertig bringen können, weil die Herren ja selbst nicht wissen, wie ihr der Arbeiterschaft als Universalheilmittel angepriesenes Rätegesetz eigentlich aussehen soll.

Mit der Annahme des Betriebsrätegesetzes ist ein Schritt getan worden, der nicht nur für die Zukunft der Arbeiterschaft, sondern auch für die Zukunft des ganzen deutschen Volkes von der größten Bedeutung sein kann. Die Unternehmer würden ungeheuer leicht handeln, wenn sie gegenüber den Betriebsräten Sabotage treiben und nicht alles versuchen wollten, um mit den Betriebsräten gut zusammenzuarbeiten. Die Zeit, wo der Unternehmer der Herr im Hause war, ist unwiederbringlich vorbei! Der Arbeiter fühlt sich heute nicht mehr wie früher als Untertan seines Arbeitgebers, sondern er will ihm als Gleichberechtigter gegenüberstehen. Jeder Widerstand, den die Unternehmer gegen die Betriebsräte leisten, könnte jetzt nur dazu führen, daß die größte Mißstimmung die Arbeiterschaft ergreift und den Arbeitern Arbeitslust und Arbeitsfreude genommen würden. Zeigen die Unternehmer den guten Willen, mit den Betriebsräten zusammenzuarbeiten, so werden sie sehr bald sehen, daß sie damit nur ihrem eigenen Betriebe und auch der ganzen Volkswirtschaft einen guten Dienst leisten.

Der Arbeiterschaft erwachsen durch die Befugnisse, die ihr durch das Betriebsrätegesetz zugewiesen werden, sehr wichtige neue Aufgaben, deren Erfüllung nicht leicht sein wird. Sollen die neuen Einrichtungen der Arbeiterschaft Vorteile bringen, so wird sie bei der Ausübung ihrer Vertreter sehr vorsichtig sein müssen. Sie muß die ruhigen, überlegtesten und klügsten Männer aus ihren Reihen mit der Wahrnehmung ihrer Rechte betrauen. Die Mitglieder der Betriebsräte werden vielfach erst in ihre Aufgaben hineinwachsenden müssen. Sie werden Betriebsleitern gegenüberstehen, die ihnen wenigstens zunächst an Sachkunde in vielen Dingen weit überlegen sind, und sie werden auch oft den eigenen Kollegen gegenüber einen schweren Stand haben, denn bei ihrer Arbeit in den Betriebsräten werden sie die Erfahrung machen müssen, daß bei näherer Prüfung die Dinge oft anders aussehen, als sie der Arbeiterschaft in einer aufgeregten Versammlung von wortreichen Raubhelden dargestellt wurden.

Das Gesetz ist nicht in jeder Beziehung so ausgefallen worden, wie die Arbeiterschaft das gewünscht hat. Nur in größeren Unternehmen haben die Arbeiter das Recht auf Vorlage der Bilanz erhalten. Es ist gewiß wünschenswert, daß der Arbeiterschaft eine gewisse Kontrolle über den Gewinn des Unternehmens eingeräumt wird. Vertreter der Arbeiterschaft müssen in der Lage sein, zu prüfen, ob es richtig ist, wenn der Unternehmer eine Lohnerhöhung mit dem Hinweis ablehnt, daß kein Platz für sie nicht tragen könnte. Es muß auch das Bestreben der Arbeiterschaft sein, möglichst zu verhindern, daß dann, wenn Lohn-erhöhungen ausbleiben, nicht nur diese, sondern auch noch Extraprofit auf die Preise der Erzeugnisse draufgeschlagen werden. Aber man darf auch dem Kontrollrecht der Arbeiterschaft über den Gewinn der Unternehmer keine übertriebene Bedeutung beimessen und es ist deshalb nur zu billigen, daß unsere Fraktion das wichtige Betriebsrätegesetz nicht scheitern ließ, weil die bürgerlichen Mehrheitsparteien nicht bereit waren, in der Frage der Bilanzvorlage unsere Forderungen in vollem Umfange zu erfüllen. Gewiss fallen heute infolge der ständig steigenden Preise vielen Unternehmern kolossale Gewinne in den Schoß, aber in den meisten Fällen werden sich doch die Arbeiter davon überzeugen müssen, daß allein durch die Verschwendung des Unternehmensgewinnes eine sehr wesentliche Erhöhung des Einkommens der Arbeiter nicht möglich ist, weil oft der Unternehmensgewinn, selbst wenn er gemessen am Unternehmenskapital, sehr hoch ist, auf den Kopf des einzelnen Arbeiters herabzinkt, nur eine verhältnismäßig geringe Summe ergibt. Wenn auch die herrschende Not durch das Treiben des Bucher- und Schiebergeschäfts verschärft wird, so hat trotzdem Rathenau recht, wenn er sagt, daß die Massen jetzt nicht deswegen Not leiden, weil sie aus-gebeutet werden, sondern weil zu wenig Waren da sind. Deswegen ist am ganzen Betriebsrätegesetz die Bestimmung am wichtigsten, die besagt, daß den Arbeitervertretern im Betriebsrat die Pflicht auferlegt wird, bei der Förderung der Produktion mitzuwirken. Wir glauben, daß sich hier besonders in den größeren Betrieben ein weites und fruchtbares Arbeitsgebiet für die Betriebsräte entwickeln wird. Die Leiter größerer Betriebe sind nicht in der Lage, ihren Betrieb in allen Einzelheiten zu übersehen, während die Arbeiter es oft am besten wissen, welche Verbesserungen im Betrieb notwendig und möglich sind.

Den Mitgliedern der Betriebsräte wird auch die Aufgabe zufallen, die Arbeiterschaft über die Notwendigkeit einer Steigerung der Produktion aufzuklären. Es wäre ein Irr-

tum, wenn Arbeiter glauben wollten, daß eine Steigerung der Erzeugung und eine Verabminderung der Produktionskosten durch die Verbesserung der Betriebsbedingungen allein den Unternehmern zugute kämen. Schon in der Vergangenheit traf das nicht zu, weil sehr häufig der Wettbewerb der Unternehmer dafür sorgte, daß eine Verminderung der Produktionskosten auch zu einer Verbilligung der Preise führte. In Zukunft wird hoffentlich die Arbeiterschaft immer stark genug bleiben, um verhindern zu können, daß die Früchte gesteigerter Arbeitsleistung und verbesserter Technik allein den Unternehmern zugute kommen.

Das Betriebsrätegesetz gibt der Arbeiterschaft nicht bloß neue Rechte, sondern es gibt ihnen auch neue Pflichten. Die Aufgabe unserer Regierungen wird es sein, Einrichtungen zu schaffen, die es den Vertretern der Arbeiterschaft erleichtern, sich für die Erfüllung ihrer neuen Pflichten notwendigen Kenntnisse anzueignen. Dann können wir hoffen, daß die Betriebsräte sich als ein Mittel erweisen werden, das dem deutschen Volke bei seinem Ringen um Befreiung von seiner gegenwärtigen drückenden Not wertvolle Hilfe leistet.

Irlands Freiheitskampf

Der Berichterstatter des Daily Telegraph legt in einem Bericht dar, daß die Lage in Irland nicht besser würde. Niemals ist die Lage schlimmer gewesen als heute. Auch kein Tag vergeht ohne Anschläge auf Menschenleben, die Geld und Waffen kosten. Seit Weihnachten hat die Polizei 34 Verhaftungen durch bewaffnete und bewaffnete Männer erhalten, während dazu viele Fälle von Waffensuchen kommen, denen gegenüber die Polizei machtlos ist. Es sind Maßnahmen zur Verstärkung der Polizei getroffen. Aber inzwischen wird gegen diese in Massenversammlungen und Flugblättern gewährt und die Bevölkerung gewarnt, freundschaftliche Beziehungen zu Mitgliedern der Polizei zu unterhalten, die allein den Zweck verfolgen, daß Irland unter englische Herrschaft gerät. In den Aufrufen werden die Polizisten verräter am eigenen Fleisch und Blut genannt; niemand dürfte mit ihnen sprechen oder sie grüßen.

Die Polen in Thorn

Der Einmarsch der polnischen Truppen der Pomerellischen Division erfolgte am gestrigen Nachmittag, nachdem dieselben an der Stadtgrenze von dem Vorsitzenden des polnischen Volksrates, dem zum kommissarischen Statisten ernannten Rittergutsbesitzer Czylinski Jazgiewo, sowie am Stadtbahn-

hof von dem Präses des Thorer polnischen Volksrates Dr. Steinborn, begrüßt worden waren. In den Straßen waren mehrere Ehrenpforten errichtet. Manche Häuser trugen rote Fahnen mit dem weißen polnischen Adler. Auch die Balkone und Schaufenster waren geschmückt. Die polnischen Vereine und Schüler bildeten Spalier. Unter dem Gelächter der Glocken der katholischen Kirchen bewegte sich der Zug zum Rathaus. Nachdem die Truppen auf dem alten Markt Aufstellung genommen hatten, erfolgte im Magistratssaal die Uebergabe der Stadt an den Obersten Czyszanski, der alsdann vom Balkon des Rathauses eine Ansprache an die Soldaten und die Volksmenge hielt. Am Abend fand in den katholischen Kirchen ein feierliches Te Deum statt. In der letzten Nacht hatte der polnische Volksrat polnische Straßenbezeichnungen an allen Ecken angeklebt.

Der Handel mit Rußland

Der Oberste Rat in Paris hat sich nach einer Habas-Medlung entschlossen, zur Förderung der furchtbaren Lage in Rußland den Austausch von Waren auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zwischen dem russischen Volke und alliierten und neutralen Ländern zu gestatten. Dieser Handel soll in Verbindung mit den russischen Konsumorganisationen stattfinden. Für die nach Rußland gelieferten Waren sollen von dort im Austausch Getreide, Feinöl und andre russische Exportprodukte geliefert werden. Dadurch soll keine Veränderung der politischen Richtlinien der Alliierten gegenüber Sowjetrußland erfolgen.

Damit ist ausgesprochen, daß die Entente jetzt beginnt, den russischen Markt wieder aufzusuchen. Die Absperrung Rußlands durch Stacheldraht, zu der man damals unter dem Druck von Prohungen auch Deutschland gezwungen hat, ist damit aufgehoben, allerdings nur für die Entente. Deutschland soll von Rußland weiterhin abgesperrt bleiben. Gegen diese Tatsache muß der schärfste Protest erhoben werden.

Gegenüber französischer Pressenselbstung, daß die deutsche Regierung Verbindung mit Sowjetrußland suche und bereits eine Kommission über Kowno nach Moskau geschickt hat, bemerkt die Deutsche Wlt. Ztg., daß diese Mitteilungen unzutreffend sind. Wichtig ist nur, daß Kaufverträge des Roten Kreuzes über Dornow ins innere Rußland reifen, um den deutschen Kriegsgefangenen dort Lebensmittel und andre Bedarfartikel zu überbringen, welche von den Gefangenen dringend benötigt werden.

Das Blatt stellt ferner gegenüber den anderslautenden Meldungen fest, daß sich der bekannte russische Kapitän Radetk augenblicklich noch in Berlin befindet. Die Verhandlungen mit der polnischen Regierung über die Durchreiserechts für ihn sind nunmehr so weit gediehen, daß seine Abreise in den nächsten Tagen erfolgen kann.

Das Ende der Diktatur Clemenceaus

Deschanel wurde mit 734 von 889 Stimmen zum Präsidenten der Republik gewählt. Ferner erhielten Sonnart 66, Clemenceau 56, Bourgeois 6 Stimmen. Weitere Stimmen wurden verteilt abgegeben.

Clemenceau hat gestern dem Präsidenten Poincaré seine Demission als Ministerpräsident und die Demission des Kabinetts überreicht. Er ist weder Senator noch Abgeordneter, verschwindet also vollständig aus dem politischen Leben und wird auch den Vorfall im Obersten Rat der Verbündeten niederlegen. Der so plötzlich Schicksal der Journalisten erklärt, daß er sich auch aus dem politischen Kampfe zurückzieht. Er kehrt in die heimliche Verbannung zurück und wird dort die bereits unübersehbare Memoirenliteratur des Krieges um einen Band vermehren. Über die Frage der Nachfolge in der Präsidentschaft des Ministeriums hat man sich inoffiziell bereits an den neuen Herrscher Deschanel gewandt. Trotzdem man Millerand als den geeigneten Mann bezeichnet, glaubt man, daß das Ministerium Briand nicht lange auf sich warten lassen wird.

Der Clair schreibt: Clemenceaus Niederlage ist der Sieg Briands. Unter Deschanel steht die Mehrzahl der Parlamentarier. Nach dem Sinken des Geistes des Abgehenden Clemenceau ist Deschanel der richtige Republikaner Frankreichs, wie ihn Clemenceau selber selbst gewünscht hatte.

Nach einer Labormeldung lautet der Brief Clemenceaus an Leon Bourgeois, in dem er seine Kandidatur zur Präsidentschaft zurückzieht, folgendermaßen: Ich schalte mich, Ihnen mitzutellen, daß ich die Grundgedanken meiner Freunde, meine Kandidatur zur Präsidentschaft der Republik aufzugeben, zurückziehe und daß ich, wenn sie sich darüber hinwegsetzen und eine Mehrheit für mich erzielen sollten, das mir so übertragene Mandat ablehnen möchte.

Die Saarkommission

Erste Sitzung des Völkerbundes.

In der ersten Sitzung des Völkerbundes forderte Bourgeois den Rat auf, eine Kommission zu ernennen, die aus drei Mitgliedern besteht und mit der Festlegung der Grenzen des Saarbeckens betraut werden soll. Das vierte und fünfte Mitglied dieser Kommission würden durch Deutschland ernannt. Es wurden der englische Oberst Dece, der belgische Major Lambert und der japanische Major Kobaiaki vorgeschlagen. Der Vorschlag wurde angenommen.

Der Rat beschloß, die nächste Sitzung in London abzuhalten. Der Zeitpunkt wird noch festgelegt.

Nach ist Poincaré Präsident der französischen Republik, aber am 17. Februar geht seine siebenjährige Amtszeit zu Ende. Noch vor kurzem sah es aus, als ob über seinen Nachfolger nicht der geringste Zweifel herriden könnte, als sei die Wahl Clemenceaus, des Retters von Frankreich, eine feststehende Tatsache. Es ist anders gekommen. Ganz im stillen hatten sich die Gegner des „Tagest“ angeschlossen, und es ist ihnen geglückt, Paul Deschanel, Wahl durchzusetzen. Man geht jetzt, wenn man annimmt, daß höhere politische Berechnungen etwa hinsichtlich des Verhältnisses zu Deutschland den Ausschlag der Wahl bestimmt haben, Clemenceau, so notwendig für Frankreich er in Stunden der Gefahr auch war, mag der Kammer und dem Senat allzu unbedeutend erscheinen sein, um Frankreich Sieger und der Friede da ist. Für solche Annahme spricht, daß man Deschanel die Präsidentswürde übertrug. Von ihm hat man kein Eingreifen in den regelmäßigen Gang der parlamentarischen Routine zu befürchten. Dem bisherigen, kantigen Diktator zog man den eleganten Kammerpräsidenten vor, der immer zu vermittelte, immer zu glätten verstand, der mit wohlwollender Liebe die erregten Gemüter beschwichtigte. In einer ausgeprochenen Parteipolitik hat er sich nie betannt, stets hielt er sich auf der mittleren Linie des Republikanismus. Noch innen war er gerade noch links genug, um auch die Sozialisten, nach außen stets so patriotisch, um die Rechte für sich einzunehmen.

Persönliche Momente waren in erster Linie bei der Wahl in Betracht auszufolgegebend. Wir Deutschen dürfen mit keiner Täuschung darüber hingeben, daß mit Clemenceaus Persönlichkeit keineswegs auch seine Politik gefallen ist. Deschanel ist vor allem empfohlen und gefördert worden durch die Freie Freunde. Dieser aber war es, der die Politik des Versäulter Friedens noch übertrumpfte, der Clemenceau zum Vorwurf machte, der Versäulter Vertrag biete Frankreich die weitem nicht genügend Sicherheiten gegen Deutschland. Ferner ist zu beachten, daß Deschanel bereits als den kommenden Ministerpräsidenten Millerand genannt hat. Auch von diesem ist keine Nachgebildigkeit zu erwarten. Millerand, der vor dem Krieg die militärischen Angelegenheiten und den Japankrieg für Frankreich zur Fehlung des kriegerischen Geistes erfaud, vertritt die allerschärfste Tonart der Unversöhnlichkeit.